

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1661
des Abgeordneten Michael Jungclaus
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/4220

Landeslehrstätte für Natur und Umwelt Lebus

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1661 vom 02.11.2011:

Wir befinden uns in der von der UNO deklarierten Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. In dieser Dekade trennt sich das Land Brandenburg von seiner einzigen staatlich getragenen Bildungseinrichtung im Bereich Natur- und Umweltschutz – der Landeslehrstätte für Natur und Umwelt Lebus. Damit findet ein lange betriebener Prozess allem Anschein nach ein unbefriedigendes Ende. Bereits im Jahr 2006 gab es Überlegungen, sich von der Einrichtung zu trennen bzw. einen neuen Träger zu finden.

Im Oktober 2008 wurde durch das Landesumweltamt (LUA) Brandenburg die Firma Stratum GmbH Berlin beauftragt, eine Studie zur weiteren Nutzung der Landeslehrstätte zu erstellen. Die Lehrgangstätigkeit wurde nun faktisch im Mai 2011 eingestellt. Dadurch herrscht in der Region und bei einstigen deutschen und polnischen Kooperationspartnern eine große Verunsicherung bezüglich der weiteren Nutzung.

Die Landeslehrstätte ist Mitglied im „Bundesarbeitskreis staatlich getragener Umweltbildungsstätten“ (BANU) und hat somit eine Bedeutung über die Landesgrenzen hinaus. Bis zur Einstellung des Lehrbetriebes sind erhebliche finanzielle Mittel der EU und des Landes zum Erhalt und Ausbau der Liegenschaft und in teilweise deutsch-polnische Projekte geflossen.

Der neue Träger der Einrichtung soll eine Stiftung „Besser Leben“ aus Sachsen sein. Es gibt keine Möglichkeit, sich über diese Stiftung, z.B. über das Internet zu informieren. Lange Zeit wurde seitens des LUA vermittelt, dass diese Stiftung bereits existiert. In einem Interview für die Märkische Oderzeitung spricht eine Mitarbeiterin des LUA neuerdings von einer Stiftung „in Gründung“. Allein aus dieser kurzen Schilderung ergibt sich eine Reihe von akuten Fragen, die einer dringlichen Beantwortung bedürfen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Gründe führten dazu, diese Bildungseinrichtung aufzugeben und wie will das Land zukünftig seinem Bildungsauftrag im Bereich Naturschutz/Umweltschutz gerecht werden?

Datum des Eingangs: 29.11.2011 / Ausgegeben: 05.12.2011

2. Was geschieht zukünftig mit dieser im Landeseigentum befindlichen Liegenschaft?
3. Auf welcher Basis und inhaltlichen Ausrichtung soll die zukünftige Nutzung erfolgen?
4. Existiert und arbeitet die genannte Stiftung bereits, welche Voraussetzungen und Referenzen bringt sie mit und warum wurde dieser Träger ohne eine öffentliche Ausschreibung ausgewählt?
5. Zu welchen Konditionen erhält der neue Träger die Liegenschaft und das bewegliche Inventar?
6. In welcher Höhe sind bisher EU-Fördermittel in die Landeslehrstätte geflossen und wie wird garantiert, dass das Land bei einem Trägerwechsel keine Fördermittel zurückzahlen muss?
7. Warum gab es keinen nahtlosen Übergang in der Bewirtschaftung und welche finanziellen Verluste sind hierdurch für den Landeshaushalt entstanden?
8. Wie sieht die weitere Zeitschiene beim beabsichtigten Trägerwechsel aus?
9. Welche staatliche Einrichtung wird zukünftig das Land in der BANU vertreten und wer wird die Ausbildung von Natur- und Landschaftsführern, einschließlich der Weiterbildung zum Erhalt der Gültigkeit der erworbenen Zertifikate, übernehmen?
10. Wie hoch sind die zukünftigen finanziellen Einsparungen zu Gunsten des Landeshaushaltes durch die Trennung von der Einrichtung?
11. Was hat die durch die Stratum GmbH Berlin erarbeitete Studie gekostet, welche Ergebnisse hat sie gebracht und warum wurden die Ergebnisse nicht, wie versprochen, den Teilnehmern des im Rahmen der Erarbeitung der Studie durchgeführten Zukunftsworkshops zur Verfügung gestellt?
12. Wie wurden die mit der Aufgabe der Einrichtung verbundenen Personalfragen geklärt?

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Welche Gründe führten dazu, diese Bildungseinrichtung aufzugeben und wie will das Land zukünftig seinem Bildungsauftrag im Bereich Naturschutz/Umweltschutz gerecht werden?

Zu Frage 1:

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Durchführung von Umweltbildungsmaßnahmen ist mit der Änderung des BbgNatSchG im Jahr 2004 entfallen.

Seit 2007 ist erkennbar, dass ein wirtschaftlicher Betrieb der Landeslehrstätte für Natur und Umwelt Lebus (LLN) grundlegende Reformen voraussetzt. Dies hätte Investitionen und strukturelle Erneuerungen umfasst, die aufgrund der Haushaltslage und der schwindenden personellen Kapazitäten durch das Landesamt nicht hätten geleistet werden können. Im Februar 2009 kam auch der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht zu dem Ergebnis, dass die Durchführung von Veranstaltungen durch das damalige Landesumweltamt (LUA) nicht dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entspricht.

Im Ergebnis war festzustellen, dass der Betrieb der Lehrstätte als staatliche Einrichtung zukünftig nicht gewährleistet werden kann, so dass mit externer Unterstützung (Beratungsunternehmen Stratum

GmbH) alternative Betreibermodelle gesucht wurden. Zu Beginn dieses Prozesses wurde am 01./02.10.2008 eine Zukunftskonferenz zur Landeslehrstätte durchgeführt.

Die Stiftung BESSER LEBEN soll als freier Träger u. a. die Fort- und Weiterbildung der Landesbediensteten im Umweltbereich übernehmen sowie für die Qualifizierung ehrenamtlicher Naturschützer, die Leistungen für das Land erbringen, verantwortlich sein (siehe auch Fragen 3 und 9).

Frage 2:

Was geschieht zukünftig mit dieser im Landeseigentum befindlichen Liegenschaft?

Zu Frage 2:

Die Liegenschaft soll der Stiftung BESSER LEBEN zur erbbaulichen Nutzung überlassen werden. Sie verbleibt im Eigentum des Landes.

Frage 3:

Auf welcher Basis und inhaltlichen Ausrichtung soll die zukünftige Nutzung erfolgen?

Zu Frage 3:

Im Überleitungsvertrag (Teil des Erbbaurechtsvertrages) wird verbindlich geregelt, dass die Landeslehrstätte unter der neuen Trägerschaft der Stiftung BESSER LEBEN ihre Bildungsangebote für den Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz sowie für den Gesundheitsbereich fortsetzt bzw. ausbaut.

Frage 4:

Existiert und arbeitet die genannte Stiftung bereits, welche Voraussetzungen und Referenzen bringt sie mit und warum wurde dieser Träger ohne eine öffentliche Ausschreibung ausgewählt?

Zu Frage 4:

Die Stiftung BESSER LEBEN ist am 30.09.2011 aus der FORON Stiftung BESSER LEBEN hervorgegangen. Die FORON Stiftung BESSER LEBEN hat in der Vergangenheit die Förderung von Wissenschaft und Nachhaltigkeit unterstützt und 2004 u. a. ein Graduiertenkolleg an der TU Dresden zum Forschungsthema Hochleistungsbauteilkühlung eröffnet.

Vertreter der FORON Stiftung BESSER LEBEN waren Teilnehmer auf der Zukunftskonferenz zur Landeslehrstätte (s. Antwort zu Frage 1). Im Ergebnis der Veranstaltung, die alle Zielgruppen aus der Verbands- und Stiftungsszene um Ideen und Vorschläge zur Entwicklung und Übernahme der Lehrstätte ersuchte, favorisierte das mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Konferenz beauftragte Büro Stratum die Überleitung der Trägerschaft auf eine Stiftung als beste und machbarste Option. Das im Nachgang von der FORON Stiftung BESSER LEBEN eingereichte Fach- und Betreiberkonzept für eine (seinerzeit noch zu gründende) Stiftung BESSER LEBEN war die einzige Reaktion auf diese Offerte. Im Verlauf und im Anschluss an die Zukunftskonferenz hatten alle anderen potenziellen Träger gegenüber dem Landesamt geäußert, dass sie an einer Übernahme nicht interessiert seien.

Frage 5:

Zu welchen Konditionen erhält der neue Träger die Liegenschaft und das bewegliche Inventar?

Zu Frage 5:

Die Übergabe der Landeslehrstätte an den neuen Betreiber wird in einem Erbbaurechtsvertrag geregelt. Darin verpflichtet sich die Stiftung BESSER LEBEN zur zweckgebundenen Nutzung. Der Erbbauzins

wird beginnend mit dem Vertragsabschluss für die ersten fünf Jahre nicht erhoben. Danach ist für den Zeitraum von zehn Jahren ein Erbbauzins von 1 Prozent an das Land Brandenburg abzuführen, der jeweils nach Ablauf von weiteren zehn Jahren um 1 Prozent auf maximal 6 Prozent angehoben wird.

Die Stiftung verpflichtet sich zur Durchführung aller zukünftigen Reparaturen und investiver Maßnahmen zum Erhalt der Einrichtung. Damit werden notwendige Investitionen in die Liegenschaft möglich, für die im Landeshaushalt keine Mittel bereitgestellt werden konnten. Das bewegliche Inventar geht auf den neuen Träger über.

Frage 6:

In welcher Höhe sind bisher EU-Fördermittel in die Landeslehrstätte geflossen und wie wird garantiert, dass das Land bei einem Trägerwechsel keine Fördermittel zurückzahlen muss?

Zu Frage 6:

Über das im Zeitraum 2004 bis 2008 durchgeführte INTERREG III A-Projekt sind insgesamt 472.285,33 € für den Bau (189.682,40 €) und den Betrieb eines neuen Seminargebäudes sowie für die Organisation und Durchführung von deutsch-polnischen Veranstaltungen geflossen. Mit Überleitungsvertrag übernimmt die Stiftung die Verpflichtungen, die sich aus dem INTERREG III A-Projekt ergeben. Dazu gehören die Durchführung grenzüberschreitender Veranstaltungen zu verschiedenen Themen des Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutzes sowie die spezifische Nutzung der mit Mitteln der Gemeinschaftsinitiative INTERREG III A angeschafften Gegenstände und erreichten Projektergebnisse.

Frage 7:

Warum gab es keinen nahtlosen Übergang in der Bewirtschaftung und welche finanziellen Verluste sind hierdurch für den Landeshaushalt entstanden?

Zu Frage 7:

Durch das Ausscheiden von Mitarbeitern, deren Stellen nicht nachbesetzt werden konnten, war die Aufrechterhaltung des Betriebs der Landeslehrstätte ab Mai 2011 nicht mehr zu gewährleisten. Auch die Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer und der Transport zur und von der Lehrstätte, die nicht an den ÖPNV angebunden ist, ist aufgrund fehlender personeller Kapazitäten nicht mehr möglich.

Wie der Landesrechnungshof in seinem Gutachten festgestellt hat, konnte der Lehrgangsbetrieb noch nie kostendeckend durchgeführt werden. Für den Zeitraum von Mai 2011 bis jetzt sind Einnahmeverluste (durch entfallene Teilnehmerbeiträge) in Höhe von ca. 3.500 Euro entstanden. Da in diesem Zeitraum auch keine Honorare für Referenten gezahlt werden mussten, ist tatsächlich ein zusätzlicher Einnahmeverlust nicht eingetreten. Bisher an der Lehrstätte durchgeführte Fortbildungen werden auf einen späteren Zeitpunkt verschoben oder wurden an anderen Orten durchgeführt.

Frage 8:

Wie sieht die weitere Zeitschiene beim beabsichtigten Trägerwechsel aus?

Zu Frage 8:

Nach der Beteiligung des Ausschusses für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (30.11.2011) sowie des Ausschusses für Haushalt und Finanzen (voraussichtlich 15.12.2011) können die vertraglichen Vereinbarungen abschließend verhandelt und noch in diesem Jahr beurkundet werden. Der Trägerwechsel soll zum 01.01.2012 erfolgen.

Frage 9:

Welche staatliche Einrichtung wird zukünftig das Land in der BANU vertreten und wer wird die Ausbildung von Natur- und Landschaftsführern, einschließlich der Weiterbildung zum Erhalt der Gültigkeit der erworbenen Zertifikate, übernehmen?

Zu Frage 9:

Die Mitgliedschaft in der BANU (Bundesweiter Arbeitskreis der staatlich getragenen Bildungsstätten im Natur- und Umweltschutz) ist nicht zwingend staatlichen Einrichtungen vorbehalten. Bedingt durch bundesweit unterschiedliche Trägermodelle von ehemals staatlich getragenen Bildungseinrichtungen sind in der BANU kaum noch rein staatliche Einrichtungen vertreten. Der neue Träger wird sich mit Unterstützung des Landes Brandenburg um eine Mitgliedschaft in der BANU bemühen. Der neue Träger soll im Auftrag des Landes die Ausbildung von Natur- und Landschaftsführern einschließlich der Weiterbildung zum Erhalt der Gültigkeit der erworbenen Zertifikate übernehmen.

Frage 10:

Wie hoch sind die zukünftigen finanziellen Einsparungen zu Gunsten des Landeshaushaltes durch die Trennung von der Einrichtung?

Zu Frage 10:

Durch die Überleitung der Trägerschaft für die Landeslehrstätte Lebus an die Stiftung spart das Land gegenüber 2011 folgende Summen ein:

2012	2013	2014
132.616 €	161.316 €	190.016 €

Frage 11:

Was hat die durch die Stratum GmbH Berlin erarbeitete Studie gekostet, welche Ergebnisse hat sie gebracht und warum wurden die Ergebnisse nicht, wie versprochen, den Teilnehmern des im Rahmen der Erarbeitung der Studie durchgeführten Zukunftsworkshops zur Verfügung gestellt?

Zu Frage 11:

Für die externe Beratung eines Trägerwechselprozesses im Bereich Umweltbildung, für die umfassende Analyse von Situation, Stärken und Schwächen sowie möglichen Perspektiven der Landeslehrstätte und die Vorbereitung, Organisation, Durchführung sowie Auswertung der Zukunftskonferenz sind an das Beratungsunternehmen Stratum GmbH 29.305,40 € gezahlt worden. Im Abschlussbericht wurden der Prozess und die Ergebnisse der Zukunftskonferenz dokumentiert. Im Ergebnis wurde empfohlen, einen Trägerwechsel an eine Stiftung zu verfolgen. In mehreren Rundbriefen an die Teilnehmer der Konferenz, vielen persönlichen Gesprächen und an zwei „Tagen der Offenen Tür der Landeslehrstätte“ (Adoniströschenfeste 2010 und 2011) hat das LUGV über die Ergebnisse der Studie und den Stand der Verhandlungen zum Trägerwechsel informiert. Das rege Interesse am weiteren Verfahren und die Transparenz des Prozesses haben sich auch in der Berichterstattung der regionalen Presse widerspiegelt.

Frage 12:

Wie wurden die mit der Aufgabe der Einrichtung verbundenen Personalfragen geklärt?

Zu Frage 12:

Die veränderten finanziellen und personellen Rahmenbedingungen waren Anlass, nach Lösungen für eine dauerhaft tragfähige Nutzung der Landeslehrstätte zu suchen (siehe auch Antwort zu Frage 1). Nach dem altersbedingten Ausscheiden von Mitarbeitern war der Betrieb durch das LUGV nicht mehr

zu gewährleisten, der Betrieb der Einrichtung musste im Mai 2011 vorübergehend eingestellt werden. Während zwei der bis April 2011 in der LLN eingesetzten Mitarbeiter zwischenzeitlich in anderen Arbeitsbereichen in der Regionalabteilung Ost des LUGV am Standort Frankfurt (Oder) eingesetzt sind, betreuen die beiden anderen Mitarbeiter am Standort Lebus das Objekt, planen und koordinieren Fortbildungsbedarfe des LUGV und erfüllen mit Führungen, Präsentationen und einem Informationsservice die Verpflichtungen aus dem INTERREG III A-Projekt.

Mit dem Trägerwechsel ist für zwei Mitarbeiter die Übernahme durch den neuen Träger vereinbart. Diese sollen nach dem Entwurf der Überleitungsvereinbarung weiterhin für den Betrieb der Einrichtung eingesetzt werden.